Executive Summaries

September 2025

Empfehlungen für eine gesündere und resilientere Gesellschaft

- »Gesundheitliche Chancengerechtigkeit«
- »Bewegung, Sport und Gesundheit«
- »Klimawandel und Gesundheit«
- »Psychische Gesundheit«

Die BVPG auf einen Blick

Die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG) setzt sich mit ihren mehr als 130 Mitgliedsorganisationen seit 1954 als unabhängiger Dachverband für die Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland ein. Die BVPG vernetzt, berät und begleitet zentrale Entwicklungen in Prävention und Gesundheitsförderung, fördert den interdisziplinären Austausch, stärkt Strukturen und bringt Empfehlungen aktiv in die politische Diskussion ein, um diese Themen dauerhaft im politischen Handeln zu verankern. Damit ist die BVPG seit über 70 Jahren eine verlässliche Plattform für Zusammenarbeit, Beratung und Transfer zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis.

Empfehlungen für eine gesündere und resilientere Gesellschaft

Die großen Herausforderungen unserer Zeit – demografischer Wandel, Klimawandel, geopolitische Konflikte und demokratiegefährdende Entwicklungen – wirken sich unmittelbar auf die Gesundheit aus und erfordern entschlossenes, gemeinsames Handeln. Um Leitlinien dafür zu entwickeln, richtete die BVPG 2024 vier Arbeitsgruppen zu den Themen »Gesundheitliche Chancengerechtigkeit«, »Bewegung, Sport und Gesundheit«, »Klimawandel und Gesundheit« sowie »Psychische Gesundheit« ein, um die zentralen Zukunftsfragen aus der Perspektive des »Health in and for All Policies«-Ansatzes zu bearbeiten. Auf dieser Grundlage veröffentlichte die BVPG zur Bundestagswahl 2025 das Policy Paper »Herausforderungen und Chancen zur Weiterentwicklung von Prävention und Gesundheitsförderung in der 21. Legislaturperiode«, das Prävention und Gesundheitsförderung als Schlüssel zur Stärkung von Gesundheit, Resilienz, Gemeinwohl und Demokratie herausstellt.

Executive Summaries – konkrete Leitlinien für Politik und Praxis

Die vorliegenden Executive Summaries knüpfen an diese Ergebnisse an. Sie konkretisieren die Empfehlungen der Arbeitsgruppen, damit diese in Gesetzgebung, Förderprogramme und praktische Umsetzung einfließen können.

Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG)

Heilsbachstraße 30 | 53123 Bonn | Telefon 0228 – 9 87 27 0

info@bvpraevention.de [BVPG e.V.](#) [@bvpg.bsky.social](#)

www.bvpraevention.de

Gefördert durch:

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Executive Summary der Empfehlungen zu »Gesundheitliche Chancengerechtigkeit«

Auch wenn die Ursachen gesundheitlicher Ungleichheiten wissenschaftlich gut belegt sind, werden sie politisch und praktisch bislang unzureichend angegangen. Das hat langfristige Folgen für die Betroffenen und unsere Gesellschaft insgesamt. Sie beeinflussen die Teilhabe, Lebensqualität und Lebenserwartung maßgeblich. Eine Stärkung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit benachteiligter Gruppen wirkt sich positiv auf das Gemeinwohl, die gesellschaftliche Resilienz und somit auch auf die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft aus. Sie ist somit auch für unsere Demokratie von essenzieller Bedeutung. Daher muss ihre Förderung ein zentrales politisches Anliegen sein.

Zentrale Herausforderungen

Insbesondere bei strukturell und sozioökonomisch benachteiligten Gruppen nehmen die Ungleichheiten bei den Gesundheitschancen und der Lebenserwartung zu. Die SARS-CoV-2-Pandemie hat diese Disparitäten weiter verschärft. Auch aktuelle Krisen sowie gesellschaftliche und politische Entwicklungen tragen zur Zuspitzung der Situation bei. Eine bundespolitische Strategie zur Lösung dieser Herausforderungen fehlt aktuell noch.

Empfehlungen an die Politik

- **Gesundheitsfolgenabschätzungen (Health Impact Assessments, HIA):** Bei allen relevanten Gesetzes- und Planungsvorhaben sollten verpflichtend Health Impact Assessments durchgeführt werden, um politische Entscheidungen ggf. anpassen zu können.
- **Demokratie und Teilhabe:** Die Förderung von Demokratie, Teilhabe, Toleranz und Inklusion ist essenziell für eine gerechte und resiliente Gesellschaft.
- **Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD):** Der ÖGD muss nachhaltig finanziert und krisenfest ausgebaut werden, damit dieser seine zentralen Aufgaben wahrnehmen kann.
- **Ressourcenkonflikte:** Ressourcenkonflikte zwischen verschiedenen Präventionsmaßnahmen sind zu vermeiden, um ein ausgewogenes Vorgehen zu gewährleisten.
- **Forschungsförderung:** Langzeitstudien zu komplexen Interventionen, politischen Maßnahmen sowie partizipativen, interdisziplinären Forschungskonzepten müssen gefördert werden.
- **Evidenzbasierung:** Evidenzbasierte Maßnahmen benötigen eine gesicherte und dauerhafte Regelfinanzierung.
- **Community-Ansätze:** Community-Ansätze müssen angesichts neuer Herausforderungen wie Klimawandel und demografischem Wandel gezielt weiterentwickelt und gefördert werden.
- **Gesundheitskompetenz:** Eine in Abstimmung mit den Ländern entwickelte, bundesweite Strategie soll die Gesundheitskompetenz in Kitas und Schulen nachhaltig und verbindlich stärken.
- **Strukturen stärken:** Der Aufbau gesundheitskompetenter Strukturen (z. B. Präventionsketten) und eine bessere Sichtbarkeit und Vernetzung bestehender Angebote sind notwendig.
- **Roadmap Gesundheitskompetenz 2024:** Die Umsetzung der »Roadmap Gesundheitskompetenz 2024« ist konsequent voranzutreiben.

Die Umsetzung dieser Empfehlungen ist entscheidend, um gesundheitliche Chancengerechtigkeit zu sichern und damit die Basis für eine widerstandsfähige, gerechte und leistungsfähige Gesellschaft in Deutschland zu schaffen.

Executive Summary der Empfehlungen zu »Bewegung, Sport und Gesundheit«

Regelmäßige Bewegung und Sport sind – wissenschaftlich belegt – essenziell für die Gesundheit und die Lebensqualität. Sie senken das Risiko zahlreicher Erkrankungen und verringern die Sterblichkeit deutlich. In Deutschland bewegt sich jedoch ein Großteil der Bevölkerung zu wenig, was gravierende gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Folgen hat. Darüber hinaus trägt aktive Mobilität zum Klimaschutz bei. Bewegungsförderung ist daher von zentraler Bedeutung für Prävention, Therapie, soziale Integration und die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Besonders benachteiligte Gruppen müssen dabei gezielt unterstützt werden.

Zentrale Herausforderungen

Trotz der bekannten Vorteile regelmäßiger Bewegung mangelt es an Transparenz, belastbaren Daten und klaren Zuständigkeiten. Dies erschwert sowohl die Koordination als auch die Legitimation von Maßnahmen. Personelle und finanzielle Ressourcen sind insbesondere für die frühe Bewegungsförderung und die Entwicklung inklusiver, lebensphasenorientierter Konzepte unzureichend. Zudem fehlt es an sektorübergreifender Zusammenarbeit, nachhaltiger politischer Verankerung, Forschung sowie an der gezielten Nutzung digitaler Potenziale.

Empfehlungen an die Politik

- **Schaffung einer nationalen Agenda für Bewegungsförderung:** Die Bundesregierung sollte eine nationale Agenda für Bewegungsförderung mit klaren Verantwortlichkeiten und Strukturen auf Bundes- und Landesebene entwickeln.
- **Verankerung der Bewegungsförderung in der Gesetzgebung:** Bewegungsförderung muss in allen relevanten Politikbereichen wie Gesundheit, Verkehr, Stadtplanung, Bildung und Sport gesetzlich verankert werden.
- **Fortführung des Runden Tisches Bewegung:** Der Runde Tisch Bewegung sollte fortgeführt und intensiviert werden, ggf. durch Reaktivierung und Ausbau der IN FORM-Arbeitsgruppe »Bewegungsförderung im Alltag«.
- **Aufbau eines nationalen Kompetenzzentrums für Bewegungsförderung:** Ein nationales Kompetenzzentrum für Bewegungsförderung sollte Maßnahmen entwickeln, koordinieren, evaluieren und als zentrale Anlaufstelle fungieren.
- **Nationales Gesundheitsziel »Bewegungsförderung«:** Es ist ein nationales Gesundheitsziel »Bewegungsförderung« mit ausreichender finanzieller Ausstattung und messbaren Zielen zu entwickeln.
- **Nationales Bewegungsmonitoring:** Ein regelmäßiges nationales Bewegungsmonitoring sollte Daten zum Bewegungsverhalten und zur Wirksamkeit von Maßnahmen systematisch erfassen.
- **Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen:** Es sind geeignete rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für digitale und hybride Versorgungsangebote sowie deren Anbindung an die elektronische Gesundheitsversorgung (EPA, E-Rezept etc.) zu schaffen.
- **Verstärkte intersektorale Zusammenarbeit:** Die intersektorale Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehr und Sport ist zu intensivieren und der »Health in and for All Policies«-Ansatz mit Fokus auf Bewegung muss institutionalisiert werden.
- **Finanzierung und politische Unterstützung:** Es sind ausreichende finanzielle Mittel und politische Unterstützung notwendig, um Bewegungsförderung effektiv umzusetzen und Projekte auszubauen.

Nur durch ein entschlossenes, ressortübergreifendes Handeln und eine nachhaltige politische Priorisierung kann es gelingen, Bewegung und Sport als festen Bestandteil eines gesunden und chancengerechten Lebens für alle Menschen in Deutschland zu verankern. Damit würden die Weichen für eine gesündere Zukunft unserer Gesellschaft gestellt.

Executive Summary der Empfehlungen zu »Klimawandel und Gesundheit«

Der Klimawandel zählt zu den größten Gesundheitsbedrohungen unserer Zeit. Steigende Temperaturen, häufigere Extremwetterereignisse und veränderte Umweltbedingungen führen zu einer Zunahme von Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen, Infektionskrankheiten, Allergien sowie psychischen Belastungen. Einige Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise ältere Menschen, Schwangere und sozioökonomisch benachteiligte Gruppen, sind besonders gefährdet. Um die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels zu bewältigen, sind Klimaschutz, Anpassungen an die klimatischen Veränderungen sowie gezielte Präventionsmaßnahmen essenziell.

Zentrale Herausforderungen

Die Herausforderungen im Bereich Klima und Gesundheit sind vielfältig: Zum einen gilt es, den weiteren Klimawandel zu stoppen und die schädlichen Emissionen deutlich zu reduzieren. Zum anderen gilt es, sich an die bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels aktiv anzupassen. Besonders betroffen sind sozial und ökonomisch benachteiligte Gruppen, die über weniger Ressourcen zur Anpassung verfügen. Dadurch werden bestehende soziale Ungleichheiten noch verstärkt. Zudem nehmen psychische Belastungen durch den Klimawandel und Extremwetterereignisse zu, vor allem bei jungen Menschen. Benötigt werden bessere Aufklärung, interdisziplinäre Forschung, rechtliche Rahmenbedingungen sowie eine stärkere Verankerung von Umwelt- und Gesundheitsthemen in allen politischen Entscheidungen.

Empfehlungen an die Politik

- **Health in and for All Policies:** Gesundheit und Umwelt müssen als handlungsleitendes Prinzip in alle politischen Entscheidungsprozesse integriert und durch verpflichtende Umwelt- und Gesundheitsfolgenabschätzungen sowie einen interdisziplinären Dialog langfristig gestärkt werden.
- **Forschungsvorhaben und Monitoring:** Es ist notwendig, in interdisziplinäre Forschung, ein umfassendes Monitoringsystem und koordinierte Strategien zu investieren, um die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels besser zu verstehen und ihm wirksam zu begegnen.
- **Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen:** Nachhaltigkeit, Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sollten durch gezielte Finanzhilfen und partizipative Prozesse gefördert werden und relevante Akteure der Prävention und Gesundheitsförderung aktiv in die Entwicklung von Klimaanpassungskonzepten einbezogen werden.
- **Resilienzförderung und psychotherapeutische Versorgung:** Zur Förderung von Resilienz sind Bildungsangebote und soziale Netzwerke erforderlich, die Selbstwirksamkeit und Austausch ermöglichen. Zudem muss die Ausbildung von psychotherapeutischen Fachkräften um den Umgang mit klimabedingten Belastungen ergänzt werden.
- **Verringerung sozialer Ungleichheiten:** Um die gesellschaftliche Akzeptanz für die Klimawende zu sichern, müssen soziale Ungleichheiten verringert und die Lasten des Klimawandels sowie der Klimaschutzmaßnahmen gerecht verteilt werden.
- **Förderung von Co-Benefits:** Maßnahmen mit positiven Klima- und Gesundheitseffekten, wie klimagesunde Ernährung und umweltfreundliche Mobilität, sind zu fördern und in einer übergeordneten Sensibilisierungs- und Bildungskampagne zu kommunizieren.

Nur durch entschlossenes und gemeinsames Handeln sowie eine konsequente Verankerung von Gesundheit und Klimaschutz in allen Politikbereichen lassen sich die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels wirksam begrenzen und soziale Gerechtigkeit nachhaltig fördern.

Executive Summary der Empfehlungen zu »Psychische Gesundheit«

Psychische Gesundheit ist von entscheidender Bedeutung für das Wohlbefinden, die Lebensqualität und die gesellschaftliche Teilhabe. In Deutschland sind psychische Störungen weit verbreitet. Die Folgen für die Betroffenen sind gravierend und verursachen hohe Kosten, beispielsweise durch Arbeitsausfälle und Erwerbsminderungsrenten. Soziale Ungleichheiten, Krisen wie die Pandemie und eine unzureichende Datenlage machen einen integrativen Public Mental Health-Ansatz erforderlich, der psychische Gesundheit in alle Politikbereiche einbindet.

Zentrale Herausforderungen

Psychische Störungen sind weit verbreitet. Im Jahr 2023 erhielten allein in der ambulanten Versorgung 40 % der Erwachsenen eine psychische Diagnose, und etwa 75 % der psychischen Erkrankungen beginnen bereits im Kindes- und Jugendalter. Risikofaktoren wie Einsamkeit, Gewalt und aktuelle Krisen erhöhen die Belastung und verstärken soziale Ungleichheiten. Prävention und Förderung der psychischen Gesundheit sind zentrale Aufgaben, die jedoch durch fehlende Daten, die mangelnde Erreichbarkeit marginalisierter Gruppen, den langsamen Praxistransfer und strukturelle Hürden erschwert werden. Eine systematische Mental Health Surveillance und gezielte Maßnahmen sind daher dringend erforderlich.

Empfehlungen an die Politik

- **Surveillance:** Die Mental Health Surveillance sollte gezielt weiterentwickelt werden, um bestehende Datenlücken zu schließen und verlässliche Informationen zu Prävalenz und Inzidenz psychischer Erkrankungen bereitzustellen.
- **Evidenztransfer:** Es sollten gesetzliche Verfahren geschaffen werden, die die Überführung evidenzbasierter und wirksamer Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen in die Regelversorgung ermöglichen.
- **Kooperation:** Die sektorenübergreifende Zusammenarbeit aller relevanten Akteure in Prävention und Gesundheitsförderung muss durch gezielte Vernetzung gestärkt werden.
- **MHPSS-Integration:** MHPSS (Mental Health Psycho-Social Support) sollte trägerübergreifend in die Grundsätze und Förderrichtlinien der Präventionsträger implementiert werden.
- **Präventionsempfehlungen:** Die Ermächtigung zur Abgabe von Präventionsempfehlungen sollte auf die Richtlinienpsychotherapie sowie auf die Pflege im SGB V und SGB XI ausgeweitet werden.
- **Zielgruppenprävention:** Die zielgruppenspezifische Prävention bei besonderen Risiken, etwa für Kinder psychisch kranker Eltern oder nach Suizidversuchen, sollte explizit im § 20 SGB V verankert werden.
- **Gesetzesreform:** Notwendige Weiterentwicklungs- und Reformprozesse im Bereich Prävention sollten in einer ressortübergreifenden Fortschreibung des Präventionsgesetzes gebündelt werden.
- **Bundesstrukturen:** Eine klare Zuständigkeit für psychische Gesundheit auf Bundesebene sollte durch den Aufbau tragfähiger Arbeitsstrukturen, etwa als Schwerpunkt eines Bundesinstituts, sichtbar verankert werden.
- **Gesundheits-Checks:** Für alle Gesetzesvorhaben sollten verpflichtende Gesundheits-Checks eingeführt werden, die die Auswirkungen auf das gesamte Spektrum psychischer Gesundheit berücksichtigen.
- **BVPG-Stärkung:** Die BVPG sollte als zentrale Plattform für Kooperation, Vernetzung und den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis weiter gestärkt werden.

Um die psychische Gesundheit nachhaltig zu stärken, ist es unerlässlich, einen »Mental Health in All Policies«-Ansatz (MHiAP) zu verfolgen und die Förderung psychischer Gesundheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verankern.